

Konsequenter gegen Ungleichheiten vorgehen

ARBEITNEHMERKAMMER ZUM HAUSHALT Prioritäten ohne Geld

Robert Schneider

Die wirtschaftliche Lage des Landes sei gut, den Menschen gehe es aber längst nicht so gut, sagte die Präsidentin der Arbeitnehmerkammer (CSL), Nora Back, im Rahmen der Vorstellung der Analyse des Staatshaushaltes durch die Institution. Das Budget spiegele die von der Regierung genannten Prioritäten „Klimaschutz“, „Investitionen in die Zukunft“ und „Verbesserung der alltäglichen Lebensbedingungen“ nur unzureichend wider.

Nora Back, ihr Vorgänger Jean-Claude Reding und CSL-Direktor Sylvain Hoffmann stellten die 90-seitige Analyse des Staatshaushaltes gestern vor, nachdem die Vollversammlung der Kammer das Gutachten am Mittwoch angenommen hatte.

Der Haushalt sieht ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,4 Prozent im kommenden Jahr, von 3,5 Prozent 2021 und von 3 Prozent im Jahr 2022 vor. Damit liegt Luxemburg weit über dem europäischen Mittel von 1,1 Prozent. Die Löhne erlebten in den letzten zehn Jahren, also seit der Krise 2008, allerdings ein Wachstum, das weitaus bescheidener ist und unter dem Durchschnitt in der Union liegt.

Die ungleiche Verteilung des Reichtums (gemessen mit dem sogenannten Gini-Koeffizienten) nahm in den vergangenen Jahren weiter zu und auch die Zahl der sogenannten „Working Poor“,



Foto: François Aussems

Direktor Sylvain Hoffmann, Präsidentin Nora Back und ihr Vorgänger Jean-Claude Reding (v.l.n.r.)

Menschen also, die trotz Arbeit nur schwer über die Runden kommen, liegt bei knapp 13 Prozent aller Beschäftigten (2009 waren es noch 10 Prozent). Hinzu kommt eine hohe Verschuldung der Haushalte, die bei durchschnittlich 36,7 Prozent eines Jahresgehaltes liegt. Nur die Bürger Portugals sind höher verschuldet.

Zulauf bei sozialen Vereinigungen

Die CSL schaute sich ebenfalls die Entwicklung der Hilfesuchen bei öffentlichen und privaten sozialen Diensten und Vereinigungen an. Und auch diese Zahlen steigen – laut Jean-Claude Reding ein Skandal. Im rei-

chen Luxemburg dürfte eigentlich niemand auf „Epicerie sociale“, auf „Wantraktioun“ und ähnliche Angebote angewiesen sein.

Dass dies so ist, hängt laut CSL auch mit ungenügenden Sozialausgaben zusammen. Das Land liegt mit 22,5 Prozent im hinteren EU-Mittelfeld und könnte hier mehr tun, so die Analyse der Kammer – auch weil die öffentlichen Finanzen die europäischen Kriterien respektieren, die Haushaltsresultate meist über den Vorhersagen liegen und die Staatsverschuldung abnimmt.

Laut Arbeitnehmerkammer wäre jetzt ein guter Zeitpunkt, bei günstigen Krediten, weitere Anleihen aufzunehmen und in wichtige Prioritäten, wie die energetische Transition, aufgewertete Familienzulagen oder

höhere Studentenbeihilfen, zu investieren. Die OSZE sehe dies ähnlich und sehe steuerlichen Spielraum, da die Staatsschuld voraussichtlich 2029 bei nur noch 8,9 Prozent liege.

Steuerkredit statt Kilometerpauschale

Die Kammer schlägt ebenfalls vor, die steuerliche Kilometerpauschale, die sozial wenig gerecht sei, durch einen Steuerkredit von 39 Euro pro Kilometer zu ersetzen und diese regelmäßig an die Inflation anzupassen. Sozialentschärfend würde auch eine Erhöhung der „Allocation de vie chère“ wirken, die mittlerweile 19 Prozent auf die Lebenshaltungskosten verloren hat, da sie

nicht an die Preisentwicklung angepasst wurde.

Positiv nimmt die CSL die hohen soziofamiliären Investitionen auf, bemängelt aber, dass nicht alle Familien von den Gut-scheinen für außerschulische Kinderbetreuung („Chèques-services accueil“) profitieren können – zum einen, weil es nicht ausreichend Plätze in den Einrichtungen gibt, andererseits, weil viele Grenzgänger die Leistung nicht nutzen oder nicht nutzen können. Die Kammer regt an, die Ursachen einer Nutzungsrate von lediglich 60 Prozent bei den Kindern bis zwölf Jahren genauer zu erforschen und gegebenenfalls gegenzusteuern.

Wenig Begeisterung lösen die Haushaltszahlen für die ökologische Transition bei der CSL aus. Sowohl 2019 als auch 2020 ist weniger Geld für „Fonds du rail“, „Fonds pour la gestion de l'eau“, Luxtram, Klima- und Energiefonds, CFL und Umweltschutzfonds vorgesehen als dies 2018 der Fall war.

Die ambitionierte und von der Regierung hochgelobte Investitionspolitik stellt die Kammer ebenfalls in Frage, da in der Periode von 2015 bis 2018 zwar 9,2 Milliarden solcher Ausgaben angekündigt, allerdings nur 8,2 Milliarden tatsächlich ausgegeben wurden. Die CSL plädiert für eine stärkere Umverteilungspolitik, um die wachsenden Ungleichheiten zu bremsen, eine soziale Begleitung der Umstellung auf eine entkarbonisierte Wirtschaft und besondere Anstrengungen in Sachen Transport, Wohnen und öffentliche Dienstleistungen für alle.